

Niederschrift

über die 7. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 10.06.2015
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
1.1 Leerflächen auf dem Friedhof Osterath und Annahme der neuen Baumgrabstätten	5
1.2 Einrichtung eines Bestattungswaldes im Meerer Busch	6
1.3 Planungen zu einem Discounter in Lank	6
1.4 Zustand der Poststraße	6
1.5 Renaturierung des Stingesbaches	6
1.6 Ausbau der Straße "Am Oberbach"	7
2 Parkraumbewirtschaftungskonzept für Meerbusch Vorlage: FB5/0068/2015	7
3 Einrichtung eines Bestattungswaldes in Meerbusch Vorlage: DezIII/0237/2015	9
4 Vorstellung des Rahmenkonzeptes zur Radverkehrsförderung in der Stadt Meerbusch als Bewerbungsgrundlage für eine Mitgliedschaft bei der AGFS Vorlage: FB1/0234/2015	11
5 Die europäische Wasserrahmenrichtlinie und der Bewirtschaftungs- und Maßnahmenplan 2016 bis 2021 Vorlage: FB5/0072/2015	12
5.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.05.2015 zur europäischen Wasserrahmenrichtlinie Vorlage: FB5/0025/2015	12
6 Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2014 Vorlage: FB1/0066/2015	13
7 Aufhebung des Sperrvermerkes für den Ausbau der Straßen "Am Oberbach" und "Rheindamm" Vorlage: FB5/0217/2015	13
7.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 07.05.2015 / 08.06.2015 zum Ausbau der Straßen "Am Oberbach" und "Rheindamm" Vorlage: FB5/0070/2015	14

8	Anträge	15
8.1	Antrag der UWG-Fraktion vom 17.05.2015 zur Verbreiterung des Kurvenbereichs des Ivangsweges Vorlage: FB5/0061/2015	15
8.2	Antrag der FDP-Fraktion vom 27.05.2015 zur Energie-Kommune Vorlage: FB1/0063/2015	16
9	Anfragen	16
9.1	Anfrage der Fraktion Die Aktiven vom 17.05.2015 betreff "Sofort-Maßnahmen" zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich Düsseldorfer Straße 96 Vorlage: FB5/0021/2015	16
9.2	Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.05.2015 zu den Ampelschaltungen und zu dem Verkehrsfluss vor dem Bereich Deutsches Eck Vorlage: FB5/0022/2015	17
10	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	17
11	Termin der nächsten Sitzung: 02. September 2015	18
12	Verschiedenes	18
12.1	Zebrastreifen auf der Straße Kanzlei in Höhe Ingrid-von-Schmettow-Straße	18
12.2	Aufsätze für Zigarettenabfälle bei Abfallbehältern	18
12.3	Zustand des Geh- und Radweges im Bereich Giesenender Kirchweg/Willicher Straße	18
12.4	Behindertengerechter Ausbau der Toiletten auf dem Osterather Friedhof	19
12.5	Ausbau der Böhlerstraße	19
12.6	Sperrschilder am Kringsgraben in Ilverich	19
12.7	Geschwindigkeitsbeschilderung auf der Willicher Straße	19
12.8	Situation im Einmündungsbereich A 44 / B 222	20

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Sachkundiger Bürger

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Herr Manfred Weigand Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Gabriele Pricken

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Rainer Grund Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Heinz Jürgen Kaden

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Christian Welsch Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen Sachkundiger Bürger

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Dieter Schmoll Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marcel Müller Sachkundiger Bürger

Beratende Mitglieder

Herr Ulrich Mannes Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Dr. Just Gérard Beigeordneter

Herr Christof Baldus Fachbereich 5

Herr Heiko Bechert Bereichsleiter Fachbereich 1

Herr Ekkehard Deußen Fachbereich 5

Frau Dana Frey Fachbereich 1

Herr Michael Gorgs Pressereferat

Frau Johanna Neumann Fachbereich 1

Herr Bernd Schautz
Herr Wolfgang Trapp
Herr Matthias Unzeitig

SB 11
Bereichsleiter Fachbereich 5
Fachbereich 5

Schriftführerin

Frau Gabriele Parschau

Fachbereich 5

Gäste

Friedrich Freiherr von der Leyen

Frhr. v. d. Leyen'sche Verwaltung zu TOP 3

Stephan Martini

FriedWald GmbH zu TOP 3

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Gabriele Pricken

Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Heinz Jürgen Kaden

Ratsmitglied

Der Vorsitzende, Ratsherr Jürgens, stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er verweist auf die Tischvorlagen, die unter

TOP 5.1, Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.05.2015 zur europäischen Wasser-
rahmenrichtlinie,

TOP 7.1, Antrag der FDP-Fraktion, vom 07.05.2015/08.06.2015 zum Ausbau der Straßen „Am
Oberbach“ und „Rheindamm“

TOP 8.2, Antrag der FDP-Fraktion vom 27.05.2015 zur Energie-Kommune

zu behandeln wären.

Seitens der Ausschussmitglieder bestehen keine Bedenken.

Ratsfrau Neukirchen fragt nach dem Sachstand zu dem in der letzten Sitzung des Bau- und Umwelt-
ausschusses am 06.05.2015 vertagten TOP 3, Antrag auf Resolution Frackingfreie Gemeinde und
TOP 3.1, Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.05.2015 bez.
Frackingfreie Stadt Meerbusch.

Erster Beigeordneter Maatz bringt den Beratungsbedarf der Fraktionen, insbesondere der SPD-
Fraktion, in Erinnerung.

Ratsfrau Niegeloh bestätigt, dass die Beratungen in ihrer Fraktion noch nicht abgeschlossen werden
konnten und bittet um weitere Verschiebung.

Abschließend bittet der Vorsitzende um Rückmeldung der Fraktionen, damit die beiden Tagesord-
nungspunkte wieder aufgenommen werden können.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Leerflächen auf dem Friedhof Osterath und Annahme der neuen Baumgrabstätten

Herr Sill weist im Namen der Fa. Rolf Lorenzen auf steigende Leerflächen auf dem Friedhof Osterath
hin und bittet um Auskunft, wie die Stadt Meerbusch darauf reagiert bzw. ob entsprechende Kon-
zepte vorliegen.

Herr Schautz erläutert die Tendenz der sich verringernden Zahlen bei Erdbestattungen generell und
vor allem in Wahlgrabstätten, da inzwischen vermehrt andere Arten der Bestattung gewünscht wer-
den. Hiervon sind alle Meerbuscher Friedhöfe betroffen. Die Verwaltung arbeite bereits an einem
Konzept, die Leerflächen zukünftig mit Grabarten zu füllen, die zunehmend nachgefragt werden.

Herr Sill fragt, wie die neuen Baumgrabstätten auf dem Osterather Friedhof angenommen werden.

Nach Auskunft von Herrn Schautz werden die Baumgrabstätten, die 2013 eingeführt wurden, zu-
nehmend gut angenommen. So erfolgten in 2013 elf, in 2014 vierzehn und bis Ende Mai 2015 neun
Baumbeisetzungen.

1.2 Einrichtung eines Bestattungswaldes im Meerer Busch

Frau Bohle fragt, ob nunmehr ein Bestattungswald im Meerer Busch eingerichtet werde.

Der Vorsitzende verweist auf die folgenden Beratungen zu Tagesordnungspunkt 3.

1.3 Planungen zu einem Discounter in Lank

Herr Huslik bittet um Auskunft über evtl. Planungen, einen Discounter in Lank an der Ecke Gonellstraße/Mathias-von-Hallberg-Straße zu genehmigen.

Herr Trapp führt aus, dass hierzu kein Beschluss bzw. keine Genehmigung vorliege. Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage habe in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften am 09.06.2015 zunächst nur auf derzeit bestehende Überlegungen seitens der Verwaltung hingewiesen.

Die Frage nach Überplanungen des Grundstückes in dem benannten Bereich kann laut dem Vorsitzenden nicht in diesem Ausschuss beantwortet werden. Zuständiger Ausschuss wäre der Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

1.4 Zustand der Poststraße

Frau Dr. Blaum berichtet von Asphaltschäden auf der Poststraße.

Herr Trapp sagt eine Prüfung durch den Servicebereich 11 zu und gibt zu bedenken, dass eine evtl. nachhaltige Instandsetzung der Straße im Haushalt 2016 eingeplant werden müsste.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Verwaltung teilt mit, dass aufgrund der hohen Auslastung der Mitarbeiter in der Straßenunterhaltung eine Behebung der Schäden bisher nicht möglich war. Der Zustand der Poststraße wird aufgrund der Hinweise von Frau Dr. Blaum nochmals überprüft.

1.5 Renaturierung des Stingesbaches

Frau Dr. Blaum nimmt Bezug auf den folgenden Tagesordnungspunkt 5 zur europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie. Sie hält die in der Informationsvorlage vorgestellte Renaturierung des Stingesbaches an dieser Stelle für ungünstig. Es sei das Stück mit vorhandenem Hecken- und Buschwerk, was für die Überlebenschancen bestimmter Tiere wichtig wäre.

1.6 Ausbau der Straße "Am Oberbach"

Für Herrn Gardeweg ist fraglich, wie es zu der Differenz von ca. 86.000 € zwischen den von der Verwaltung vorgestellten Ausbausummen in diesem Jahre komme.

Herr Trapp verweist auf die Verringerung der Gehwegbreite, die Reduzierung der Ausbautiefe und die damit verbundene überarbeitete Kosten Neuberechnung. Nach dem jetzigen Stand wurden bei den Kostenberechnungen alle notwendigen Sorgfaltspflichten beachtet. (siehe auch folgenden TOP 7, Aufhebung des Sperrvermerkes)

2 Parkraumbewirtschaftungskonzept für Meerbusch Vorlage: FB5/0068/2015

Herr Deußen erläutert die Informationsvorlage. Er geht insbesondere auf Schwierigkeiten ein, die Randbedingungen abzuschätzen, um eine entsprechend seriöse Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchzuführen. Die Vorlage sei zunächst als Information zur Meinungsbildung der Fraktionen zu betrachten, damit konkrete Prüfaufträge an die Verwaltung entwickelt werden können.

Bei der Auswahl der Parkplätze wurde sich auf die zentralen Versorgungsbereiche des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes sowie daraus folgend auf zusammenhängende Parkplätze konzentriert. Es wurden u.a. Informationen von anderen Gemeinden eingeholt, Kosten bei Herstellern abgefragt sowie eine Gebührenstaffelung untersucht. Präferiert wird eine Bargeldzahlung am Automaten. Die Höhe der Gebühren sei allerdings variabel. Verdrängungsverkehre seien nicht auszuschließen, allerdings auch sehr schwierig zu prognostizieren. Bei dieser ersten Vorlage, wurde zunächst auf eine Untersuchung der Auswirkungen auf den Einzelhandel verzichtet, was im Übrigen durch die Verwaltung kaum oder nicht leistbar sei, da nicht nur beim Einzelhandel sondern auch entsprechende Haushaltsbefragungen durchzuführen seien. Durch die Beschäftigung mit diesem Konzept sei nunmehr auch eine neue Kostenberechnung für die öffentlichen Stellplätze vorhanden. Demnach belaufen sich die Kosten für einen Stellplatz auf 140 € pro Jahr. Die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung bedinge auch die Einrichtung von neuen Personalstellen. Insbesondere die Leerung der Automaten müsse im Vier-Augen-Prinzip erfolgen.

Herr Deußen stellt die einzelnen Bereiche in den betroffenen Ortsteilen kurz vor und geht hierbei insbesondere auf den Standort Strümp ein. Aufgrund der Tatsache, dass es hier nur wenige Geschäfte gebe, mache es aus Sicht der Verwaltung keinen Sinn, eine Parkraumbewirtschaftung, insbesondere unter der Prämisse einer Brötchentaste, einzuführen. In den anderen Bereichen halte die Verwaltung eine Parkgebühr von 0,50 € für jede weitere Stunde für vertretbar. In den geschätzten, sehr variablen Kosten ist der Aufwand für die Beschilderung noch nicht enthalten.

Die Vertreter der Fraktionen bedanken sich für die aufwändige und sehr gute Vorarbeit der Verwaltung und die detaillierten Informationen.

Ratsherr Meffert geht zunächst auf die Historie des Antrages ein. Der gemeinsame Antrag von der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen gehe auf den Kooperationsvertrag zurück. Er selber sei kritisch und sehe noch erheblichen Bedarf für Nachbesserungen. Ihm fehlen insbesondere Aussagen zu den sog. weichen Faktoren wie Verdrängungsverkehr (z.B. Modellberechnungen), die Einbindung der Unternehmer und Einzelhändler vor Ort sowie deren Verbände. Außerdem moniert er, dass hier Parkbereiche, insbesondere an der Hermann-Unger-Allee, die nach seiner Erinnerung als

Stellplätze für das Baugebiet festgelegt sind, einbezogen worden sind. Weiterhin sieht er auch den zusätzlichen geringen Personalbedarf zu optimistisch eingeschätzt.

Ratsherr Fischer fragt, wie sich der Sachaufwand zusammensetzt, z. B. bei den Kosten für die Wartung von 1.500 € pro Jahr.

Herr Deußen erläutert, dass sich die Wartungskosten auf den Automaten beziehen und u.a. Reinigungskosten, Austausch von Papierrollen u.a. umfasse. Diese Kosten seien von den Herstellern sehr unterschiedlich angesetzt worden.

Nach Ansicht des sachkundigen Bürgers Behlen dokumentiert das nunmehr vorliegende Parkraumkaster den Wert der öffentlichen Stellplätze, den die Stadt erhalten müsse. Die Parkgebühren sollen zukünftig diesen Werterhalt finanzieren. Es bestünden Chancen sowohl für die Ortsteile als auch für die Wirtschaft in den einzelnen Ortsteilen z.B. durch einen höheren Umschlag auf den Parkplätzen oder einen Anreiz für den kleinen Einkauf, auf das Fahrrad umzusteigen. Die Brötchentaste findet er in Ordnung, allerdings sei eine halbe Stunde zu lang.

Sachkundiger Bürger Schmoll hält eine Befragung der Industrie- und Handelskammer sowie der Einzelhändler für erforderlich. Die Parkraumbewirtschaftung sei jedoch nicht zwingendes Mittel, da man in der Regel einen Parkplatz finde. Die Notwendigkeit erschließe sich ihm nicht, zumal zusätzliches Personal notwendig sei. Insgesamt wäre weniger mehr.

Ratsherr Gabernig stellt zur Diskussion, ob eine Bewirtschaftung grundsätzlich gewollt sei. Die Situation des Ortskernes in Osterath sei anders zu beurteilen als in den übrigen Stadtteilen. Er fragt nach der Möglichkeit, verschiedene Varianten mit weniger oder mehr Parkplätzen durchzurechnen.

Herr Deußen antwortet, dass bei den Berechnungen jederzeit Parameter verändert oder einzelne Stellplätze herausgenommen werden können, die ein neues Ergebnis generieren.

Ratsfrau Niegeloh sieht in der Parkraumbewirtschaftung Potential, die Infrastruktur stärken zu können. Wichtig sei, dass die Einnahmen die Kosten decken. Hierzu stelle sich die Frage, ob die genannten Räume und damit auch die angegebenen Durchschnittswerte der Kosten und Einnahmen pro Stellplatz vergleichbar seien. Sie schlägt ein Pilotverfahren auf dem Dr. Franz-Schütz-Platz und den angrenzenden Parkplätzen vor. Außerdem möchte sie wissen, ob die Möglichkeit der Handyzahlung berücksichtigt wurde.

Herr Deußen erläutert, dass der Grad der Nutzung sehr sorgfältig geschätzt und jeder Standort differenziert betrachtet wurde. Nach den Erfahrungen der anderen Städte werde die Möglichkeit der Handyzahlung kaum genutzt und zu 95 % bar gezahlt. Außerdem würden sich die Kosten für die Anschaffung und Wartung der Parkautomaten mit Handyzahlung erhöhen.

Ratsherr Denecke weist darauf hin, dass bei der Einführung einer Parkraumbewirtschaftung alle Kosten den Einnahmen gegenübergestellt werden müssen. Erst dann zeige sich, ob eine Parkraumbewirtschaftung rentabel sei.

Ratsherr Banse regt an, Fahrzeuge aus anderen Städten, die das jetzige kostenlose Parken in Meerbusch nutzen, zu erfassen und berücksichtigen. Um belastbare Zahlen zu erhalten, schlägt er einen Probetrieb in Osterath am Parkplatz Fröbelstraße vor. Hier könne eine Schranke installiert werden. Die Ausnutzung des Parkplatzes, insbesondere die Nutzung der Brötchentaste schätze er hoch ein. Er gehe davon aus, dass 70 % der Parkplatznutzer diesen nach weniger als 30 Minuten wieder verlassen.

Herr Deußen entgegnet, dass man Überlegungen zu einem Probetrieb angestellt habe. Allerdings sei dies dann jeweils eine Insellösung und das Ergebnis könne nicht auf die übrigen Parkplätze übertragen werden. Zudem besteht hierbei die Schwierigkeit der Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns,

weil dann einzelne Anlieger explizit durch die Anordnung der bewirtschafteten Stellplätze eingeschränkt bzw. benachteiligt würden, andere jedoch nicht.

Ratsherr Meffert gibt die schwierige Situation der Einzelhändler an der Oststraße zu bedenken.

Sachkundiger Bürger Behlen verweist auf den möglichen Ertrag als positiver Beitrag zum Haushalt. Auch könnte der Einzelhandel überlegen, ob z. B. durch Übernahme eines gewissen Anteils der Parkgebühr sogar ein positiver Werbeeffekt möglich wäre.

Ratsherr Gabernig lehnt einen Probetrieb auf dem Parkplatz Fröbelstraße insbesondere mit dem Hinweis auf die zukünftigen kostenfreien Parkplätze des Frischemarktes im Baugebiet Ostara ab. Dieser Parkplatz sei der Hauptparkplatz für den Rewe-Markt und die ansässigen Ärzte im Ortskern Osterath. Ihm sei keine Kommune mit Parkgebühren und einem wirtschaftlichen Minus bekannt.

Zu der Frage von sachkundigem Bürger Müller nach den personellen Konsequenzen, bemerkt Herr Bechert, dass mit der Parkraumbewirtschaftung ggf. je nach Prioritätensetzung des Rates eine zusätzliche Aufgabe zu erfüllen sei. Das Konzept der Verkehrssicherheit solle auch zukünftig oberstes Gebot bleiben. Die Verkehrsraumüberwachung wird bislang nachrangig behandelt.

Beratendes Ausschussmitglied Mannes sieht die Notwendigkeit von Einnahmen, von daher sollte auf die Brötchentaste verzichtet werden. Alternativ könne die Zeit hierfür verkürzt oder die erste halbe Stunde kostengünstiger gestaltet werden.

Sachkundiger Bürger Schmoll bittet um Prüfung, warum die Oststraße nur zur Hälfte in das Konzept einbezogen sei.

Herr Deußen stellt klar, dass die Grenze des Einzelhandels- und Versorgungskonzeptes zu Grunde gelegt wurde. Hierüber könne natürlich noch diskutiert werden.

Vorsitzender Jürgens fasst anschließend aus der lebhaften Diskussion den allgemeinen Tenor auf, dass sich die Fraktionen nun intensiv mit der Thematik auseinandersetzen können und entsprechende Anträge, evtl. auch fraktionsübergreifend, stellen sollten.

3 Einrichtung eines Bestattungswaldes in Meerbusch **Vorlage: DezIII/0237/2015**

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Verwaltung zur Aufnahme von Vertragsverhandlungen mit der Freiherr von der Leyen'sche Grundstücksverwaltung und der Fried-Wald GmbH zur Einrichtung eines Bestattungswaldes im Meerer Busch zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3	5	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten			1
Gesamt:	7	9	1

Der Beschlussvorschlag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Gabernig unterstützt den Beschlussvorschlag im Namen der FDP-Fraktion und regt an, zusätzlich den Bereich nördlich der K-Bahn (Stadtbahn) mit einzubeziehen. Wanderer würden dort nicht gestört.

Ratsherr Meffert informiert über eine positive Tendenz in der CDU-Fraktion nach kontroverser Diskussion; jedoch sei jeder bei der Abstimmung frei.

Eine andere Sichtweise vertritt sachkundiger Bürger Schmoll im Namen der UWG-Fraktion. Er befürchtet einen Bestattungstourismus in Meerbusch; zudem würde die Natur leiden. Eine andere Schlussfolgerung wäre natürlich in anderen Städten gerechtfertigt, die über größere Wälder verfügen.

Ratsfrau Neukirchen begrüßt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Einrichtung eines Bestattungswaldes und die Aufnahme der Verhandlungen.

Von Ratsfrau Niegeloh wird daran erinnert, dass die SPD-Fraktion bereits seit Jahren andere Bestattungsformen vorschlägt. Für einen Bestattungswald werde jedoch kein Bedarf gesehen, wie dies auch bereits aus der Beschlusslage des Bau- und Umweltausschusses vom 15.09.2012 hervorgeht. Die Meinungsänderung könne nicht nachvollzogen werden. Da Meerbusch nur über ein relativ kleines Waldgebiet verfüge, ginge die Naherholung verloren. Bedenken gebe es auch, da ein Bestattungswald in Meerbusch ein großes Einzugsgebiet bedienen müsse.

Auf die Frage des Vorsitzenden, Freiherrn von der Leyen und Herrn Martini Rederecht zu erteilen, äußert der Bau- und Umweltausschuss einvernehmlich Zustimmung.

Herr Martini trägt vor, dass die FriedWald GmbH auch weitere Standorte für die Einrichtung eines Bestattungswaldes suche. Die Gegebenheiten wie Natur- und Wasserschutz werden immer berücksichtigt. Der nächste vorhandene Standort sei in Lohmar. Auch hier seien z. B. die großen Städte Köln und Bonn in der Nähe. In Lohmar habe es anfänglich Ängste gegeben, die heute nicht mehr bestehen.

Der FriedWald GmbH sei im eigenen Interesse nicht daran gelegen, Unmut zu stiften, sondern den tatsächlichen und auch steigenden Bedarf der Bevölkerung zu decken. Heute gehe es um das Mandat an die Verwaltung, Verhandlungen aufnehmen zu können. Es sei beabsichtigt, miteinander und für alle sonstigen Bedürfnisse verträgliche Lösungen zu erarbeiten.

Ratsherr Gabernig fragt, ob Bebauungspläne und die Friedhofssatzung angepasst werden müssten. Hierzu informiert Beigeordneter Dr. Gérard über eine erforderliche Widmung. Weitere formaljuristische Aspekte seien zunächst sekundär. Änderungen der städtischen Friedhofssatzung wären nicht erforderlich.

Ratsherr Banse kommt auf die mögliche Überlastung des Waldes Meerer Busch sowie ökologische Anforderungen und die zentrale Lage der Stadt Meerbusch zwischen Großstädten zurück und bittet, dies zu berücksichtigen.

Die Verpflichtung der Stadt Meerbusch, Aufsicht über einen Bestattungswald ausüben zu müssen und eine damit verbundene Kompensationszahlung der FriedWald GmbH, sind für beratendes Ausschussmitglied Mannes ebenfalls Verhandlungspunkte.

Ein großer Unterschied zwischen den Städten Lohmar und Meerbusch ist für sachkundigen Bürger Schmoll alleine durch die „Insellage“ des Meerer Busches gegeben.

Auf eine Frage von Ratsfrau Niegeloh wird dargestellt, dass der Meerer Busch über ca. 250 Hektar Fläche verfügt, wobei 35 Hektar Fläche für den Bestattungswald genutzt werden könnten.

4 Vorstellung des Rahmenkonzeptes zur Radverkehrsförderung in der Stadt Meerbusch als Bewerbungsgrundlage für eine Mitgliedschaft bei der AGFS Vorlage: FB1/0234/2015

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, eine Bewerbung bei der Arbeitsgemeinschaft fahrrad- und fußgängerfreundliche Städte (AGFS) vorzunehmen. Das als Anlage der Bewerbung beigefügte Radverkehrskonzept ist als Rahmenkonzept zu verstehen. Über die vorgeschlagenen infrastrukturelle Maßnahmen, deren Priorisierung und personelle Konsequenzen muss im Einzelnen bei späteren Ausschussberatungen entschieden werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		2	1
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	14	2	1

Erster Beigeordneter Maatz berichtet, dass vom Meerbuscher „Arbeitskreis Radverkehrskonzept“ keine detailgenauen Konzepte erarbeitet wurden. Ziel und wichtig seien eine zeitgerechte Bewerbung und ein schneller Zugang zu den Fördermitteln. Es sei beabsichtigt, die im Rahmenkonzept genannten Maßnahmen anschließend politisch zu diskutieren und das Konzept noch anzupassen bzw. im Rahmen der Haushaltsaufstellung sukzessive unter Berücksichtigung der personellen und finanziellen Ressourcen abzarbeiten.

Ratsfrau Niegeloh würdigt die Tätigkeit des Arbeitskreises. Die reine Mitgliedschaft der Stadt Meerbusch bei der AGFS würde jedoch keinen Gewinn bedeuten. Besser wäre es, in die Infrastruktur zu investieren und dieses Thema auch bald umzusetzen. Sie habe bereits vor ca. sechs Jahren einige

Radwege angesprochen. Weiterhin sei die Anschaffung der Fahrradboxen zwar beschlossen, aber noch nicht durchgeführt.

Sachkundiger Bürger Weigand spricht sich klar für eine Mitgliedschaft bei der AGFS aus. Es wäre ein Vorteil, das Know-how der Arbeitsgemeinschaft und den Austausch nutzen zu können.

Dies wird von sachkundigem Bürger Müller im Namen der Fraktion DIE LINKE und Piraten und von Ratsfrau Neukirchen im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als richtige Vorgehensweise unterstützt.

Erster Beigeordneter Maatz und die Verwaltung beantworten Fragen der Ausschussmitglieder. U. a. sei für die Fahrradboxen im Haushalt ein Eigenanteil angesetzt, jedoch noch keine Förderung durch den VRR (80 % der Kosten) bestätigt, weswegen die Maßnahme noch nicht umgesetzt werden konnte.

5 Die europäische Wasserrahmenrichtlinie und der Bewirtschaftungs- und Maßnahmenplan 2016 bis 2021

Vorlage: FB5/0072/2015

Herr Unzeitig erläutert ausführlich die Informationsvorlage ausführlich und stellt geplante und bereits durchgeführte Maßnahmen vor.

Die geplanten Maßnahmen am Stingesbach ergeben sich aus dem Umbau der Böhlerstraße. Um diese Maßnahmen zeitnah umzusetzen, wurden vorrangig Flächen im Eigentum der Stadt überplant. Die Untere Wasserbehörde und Untere Landschaftsbehörde waren in den Planungsprozess eingebunden und haben die geplanten Maßnahmen auch mitgetragen und vorgeschlagen. Einige Maßnahmen sollen noch dieses Jahr realisiert werden, um Fördermittel zu erhalten.

Am Langenbruchbach haben angrenzende Grundstückseigentümer jeweils eine Mauer gebaut, die abzurutschen drohen. Zusammen mit den Eigentümern wurden bereits Maßnahmen durchgeführt, die die errichteten Mauern sichern. Hier sind noch weitere Maßnahmen wie die Verlegung des Fließgewässers geplant, um eine entsprechende ökologische Aufwertung zu erzielen.

Herr Unzeitig beantwortet weitere Fragen der Ausschussmitglieder. Abschließend weist er daraufhin, dass der Schackumer Bach im Bereich der Bebauungspläne Alter Bauhof sowie im Bereich des Bebauungsplanes Große Gasse entsprechend aufgewertet werde.

5.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.05.2015 zur europäischen Wasserrahmenrichtlinie

Vorlage: FB5/0025/2015

Herr Unzeitig beantwortet die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.05.2015.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Beantwortung der Verwaltung sind als Anlagen beigefügt.

6 Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2014
Vorlage: FB1/0066/2015

Erster Beigeordneter Maatz erläutert die Informationsvorlage und begründet u. a. die Steigerung des Abfallaufkommens bei einzelnen Abfallarten z. B. mit dem geänderten Konsumverhalten der Bürgerinnen und Bürger und der Industrie. Positiv sei das weiterhin niedrige Restabfallaufkommen, womit die Stadt Meerbusch unter Kreisdurchschnitt liege. Hervorzuheben wäre die erfolgreiche Arbeit des Wertstoffhofes. Der Vertrag mit dem Entsorger ende am 31.12.2016.

Sachkundiger Bürger Grund greift das Vertragsende auf und fragt, wie eine evtl. Verlängerung hinsichtlich der Kosten eingeschätzt werde.

Tendenziell sieht Erster Beigeordneter Maatz eher eine Preissteigerung, da der bisherige Vertrag sehr günstig für die Stadt Meerbusch war. Es komme jedoch bei einer neuen Vertragsgestaltung auf die jeweilige Wettbewerbssituation und weitere Aspekte an, die nicht vorhersehbar sind. Die Stadt ist natürlich bemüht, möglichst günstige Vertragsbedingungen zu bekommen.

Sachkundiger Behlen fragt nach Möglichkeiten, die Mengen des Altpapieres zu erhöhen.

Auch hier sei das geänderte Konsumverhalten vor allem bei den Medien zu beachten, führt Erster Beigeordneter Maatz aus. Es werden weniger Zeitungen und Bücher gekauft, sondern eher elektronisch gelesen. Diese gesellschaftliche Entwicklung werde sich voraussichtlich noch verstärken.

Herr Bechert beantwortet weitere Fragen der Ausschussmitglieder u. a. zu der aus heutiger Sicht überdimensionierten Müllverbrennungsanlage, zu der Wertstofftonne, die die gelbe Tonne ersetzen soll, zu der blauen Tonne, die gewerblich entsorgt und verwertet wird sowie zur Mischkalkulation beim Bio- und Grünabfall. Der Betrag hierzu werde der Niederschrift beigefügt.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Verwaltung teilt mit, dass die Stadt Meerbusch für die Entsorgung der Bio- und Grünabfälle einen Betrag von 96,52 € pro Tonne an den Rhein-Kreis Neuss zahlt.

7 Aufhebung des Sperrvermerkes für den Ausbau der Straßen "Am Oberbach" und "Rheindamm"
Vorlage: FB5/0217/2015

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Sperrvermerk beim Produkt 120 541 010 beim PSP-Element 7.1200 1603.710.001 78520000 für den Ausbau der Straßen „Am Oberbach“ und „Rheindamm“ aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	12	5	0

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Beschlussvorlage der Verwaltung weitergehender als der Antrag der FDP-Fraktion zu TOP 7.1 ist. Zunächst wird deshalb über die Beschlussvorlage der Verwaltung abgestimmt.

Aufgrund der Beschlussfassung hat sich eine weitere Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion erübrigt.

Auf die Beratungen unter TOP 7.1 wird verwiesen.

7.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 07.05.2015 / 08.06.2015 zum Ausbau der Straßen "Am Oberbach" und "Rheindamm"
Vorlage: FB5/0070/2015

Beschlussantrag:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass der Ausbau der Straßen Am Oberbach und Rheindamm auf der Basis der Vorschläge von Herrn Prof. Dr. Beckedahl durchgeführt wird; mit einem Straßenquerschnitt von ≤ 6 m mit niveaugleichen Fußwegen. Der Oberbau erfolgt in den einzelnen Bauabschnitten wie in der Tabelle aufgeführt.

Ratsherr Gabernig erläutert den Antrag der FDP-Fraktion. Der Vortrag von Herrn Prof. Dr. Beckedahl in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 06.05.2015 habe, obwohl in vielen Punkten mit der Verwaltung übereinstimmend, neue Erkenntnisse gebracht. Die Sanierungsmaßnahme solle nach den Vorschlägen von Herrn Prof. Dr. Beckedahl ausgeführt werden, da Einsparpotential für Stadt und Bürger möglich sei. Der Gehweg könne entfallen, da ein Rad- und Gehweg auf der Deichseite vorhanden wäre. Im Übrigen könne er die Differenz in den Kostenschätzungen der Verwaltung nicht nachvollziehen.

Sachkundiger Bürger Behlen macht deutlich, dass trotz der Stellungnahme der Kreispolizeibehörde, das „Shared-Space-Konzept“ verwirklicht werden und der Ausbau mit verkehrsberuhigenden Elementen erfolgen könnte.

Auf Fragen der Ausschussmitglieder teilt Herr Trapp u. a. mit, dass sich Herr Prof. Dr. Beckedahl nach der Sitzung am 06.05.2015 wegen des evtl. Austausches weiterer Informationen bzw. bezüglich der Übergabe angepasster Berechnungen nicht gemeldet habe.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Beschlussvorlage der Verwaltung zu TOP 7 weitergehender als der hier in Rede stehende Antrag der FDP-Fraktion zu TOP 7.1 ist.

Zunächst wird deshalb über die Beschlussvorlage der Verwaltung zu TOP 7 abgestimmt. Aufgrund der Beschlussfassung hat sich eine weitere Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion erübrigt.

Anmerkung der Schriftführerin: Der Antrag der FDP-Fraktion ist als Anlage beigefügt.

8 Anträge

8.1 Antrag der UWG-Fraktion vom 17.05.2015 zur Verbreiterung des Kurvenbereichs des Ivangsweges Vorlage: FB5/0061/2015

Beschlussantrag:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, den Kurvenbereich des Ivangsweges zu verbreitern.

Sachkundiger Bürger Schmoll nimmt Bezug auf den Verkehrsunfall, bei dem ein Kind schwer verletzt wurde. Der Kurvenbereich sei sehr unübersichtlich und sollte verbreitert werden.

Herr Trapp erläutert aufgrund des ihm vorliegenden Unfallberichtes den Hergang. Dem stehenden Unfall-PKW seien die Eltern mit einem dreijährigen Kind auf Fahrrädern entgegen gekommen. Daraufhin habe die Fahrerin Bremse und Gas verwechselt, sodass es zu dem bedauerlichen Unfall gekommen sei. Vorherige Unfälle in dem Kurvenbereich seien nicht bekannt.

Ratsherr Fischer weist auf die Probleme für große landwirtschaftliche Fahrzeuge hin. Auf dem anliegenden Grundstück müsste dringend hoher und breiter Kirschlorbeer zurückgeschnitten werden.

Ratsherr Hoppe hält es für angebrachter, im Bereich der Bebauung ein Parkverbot auszusprechen, da viele parkende Autos den Verkehr behindern.

Ratsherr Banse stellt fest, dass die Fahrfläche des Ivangsweges eine Breite von 3,5 m aufweise und sich erst zum Ende auf 2,5 m verschmälert.

Herr Trapp sagt zu, die Eigentumsverhältnisse insbesondere an den Rand-, Bankettbereichen und die tatsächlichen Breiten der Fahrflächen zu klären sowie darauf einzuwirken, dass die Kirschlorbeerpflanzen geschnitten werden.

Vor diesem Hintergrund erklärt Herr Schmoll den Antrag zunächst für erledigt. Sollte die Fahrfläche in dem Kurvenbereich nur 2,5 m breit sein, werde er den Antrag auf Verbreiterung aufrechterhalten.

8.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 27.05.2015 zur Energie-Kommune Vorlage: FB1/0063/2015

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Verwaltung mit der Überprüfung zu beauftragen, ob sich die Stadt Meerbusch bei der Agentur für erneuerbare Energien für die Auszeichnung „Energie – Kommune“ bewerben kann bzw. welche Voraussetzungen in Meerbusch dafür noch nicht erfüllt sind, sondern nachgeholt werden müssen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsherr Gabernig erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Erster Beigeordneter Maatz berichtet von vier Kommunen in NRW, die diese Auszeichnung bisher verliehen bekamen. Für eine erfolgreiche Bewerbung der Stadt Meerbusch fehlen nach heutigem Stand Beispiele in der Infrastruktur, z. B. maßgebliche Projekte bei Wasserkraft, Geothermie usw. Die Verwaltung werde prüfen, was für die Bewerbung notwendig sei. Zurzeit würde eine Bewerbung jedoch eher zu einem enttäuschenden Ergebnis führen.

Sachkundiger Bürger Behlen trägt vor, das bei Ostara viele ökologische Ansätze vorliegen, die in die Bestandsaufnahme einfließen könnten.

Dies wird von Erstem Beigeordneten Maatz unterstützt. Abschließend sollte der Stadt Meerbusch bewusst sein, dass es sich bei der Auszeichnung „Energie-Kommune“ um einen Titel handelt, der auch für das Marketing positiv wäre. Monetäre Geldflüsse seien mit der Auszeichnung nicht verbunden.

Anmerkung der Schriftführerin: Der Antrag der FDP-Fraktion ist als Anlage beigelegt.

9 Anfragen

9.1 Anfrage der Fraktion Die Aktiven vom 17.05.2015 betreff "Sofort-Maßnahmen" zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich Düsseldorfer Straße 96 Vorlage: FB5/0021/2015

Beratendes Ausschussmitglied Mannes erläutert die Anfrage. Durch das verbotswidrige Abbiegen einiger Verkehrsteilnehmer sowohl auf den Parkplatz als auch vom Parkplatz würde sowohl die Grüne Welle gestört, als auch für Rückstau insbesondere in Fahrtrichtung Deutsches Eck gesorgt. Er bittet entweder für entsprechende Kontrollen zu sorgen oder das Abbiegen durch sogenannte „Bischofmützen“ zu verhindern.

Herr Trapp bestätigt die beschriebene Problematik. Eine durchgängige Kontrolle des verkehrswidrigen Verhaltens durch die Polizei sei nicht zu erwarten. Er wird den Vorschlag, „Bischofsmützen“ anzubringen, dem zuständigen Landesbetrieb Straßenbau NRW mit der Bitte um Umsetzung weiterleiten.

9.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.05.2015 zu den Ampelschaltungen und zu dem Verkehrsfluss vor dem Bereich Deutsches Eck
Vorlage: FB5/0022/2015

Ratsherr Meffert erläutert die Anfrage. Er bittet um Prüfung und Vorstellung einer Lösung mit entsprechenden Kostenmodellen. Ihm sei bewusst, dass eine Umstellung der Ampelschaltung sehr kostenintensiv ist.

Herr Trapp verweist darauf, dass die Grüne Welle in Büderich schon immer ein Problem darstellte. Auf einer Länge von 2,693 km seien zwölf Ampeln mit Haupt-, Quer-, Rad und Fußgängerverkehr installiert. Insbesondere im Bereich von der Einmündung Poststraße bis zum Deutschen Eck seien die Ampeln in einem sehr kurzen Abstand angeordnet. Er erinnert, dass für eine Grüne Welle in Fahrtrichtung Düsseldorf entschieden wurde. In der Gegenrichtung sei dies leider nicht uneingeschränkt möglich.

Herr Trapp erklärt anhand einer Präsentation die theoretische Berechnung der grünen Welle mit den Zeitdiagrammen und dem Verhalten der Verkehrsteilnehmer. Aufgrund der erforderlichen Koordination aller Verkehrsteilnehmer und weiteren Aspekte wie Sicherheit u. a. könne nicht einfach eine Ampelschaltung verändert werden, ohne den gesamten Zusammenhang zu beachten und zu stören. Die Verwaltung ist nach wie vor der Meinung, dass eine Neuberechnung der Ampelschaltungen unter den aktuellen Bedingungen und Richtlinien dem Autoverkehr noch weniger Grünphasen gewähren würde.

Hinzu komme die Herstellung der vorhandenen alten Ampelanlagen von drei verschiedenen Herstellern, was die Kosten bei einer Umstellung weiter erhöhen würde.

Die von der Stadt Meerbusch vor zwei Jahren im Bereich Westring / Krefelder Straße verkehrsrechtlich angeordnete Lösung sei vom Landesbetrieb Straßenbau NRW aufgrund der vielen Schwierigkeiten und Kosten noch immer nicht umgesetzt, sodass eine solch umfangreiche Maßnahme ggf. absehbar durch den Straßenbaulastträger noch viel weniger zeitnah umgesetzt werden würde.

Eine Optimierung wäre ggf. im Bereich Anton-Holtz-Straße möglich, falls diese in einer Einbahnstraße umgewandelt werden würde und dann nur noch eine Fußgängerampel auf der L 137 zum Deutschen Eck oder nur noch eine Querungshilfe erforderlich sein würde.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung, sich zukünftig evtl. ergebende neue Erkenntnisse und mögliche Verbesserungen im Ausschuss vorzustellen.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Diagramme der Grünen Welle sind als Anlage beigelegt.

10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die vorgelegte Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

11 Termin der nächsten Sitzung: 02. September 2015

Nach der Langzeitplanung findet der nächste Bau- und Umweltausschuss am 02. September 2015 statt.

12 Verschiedenes

12.1 Zebrastreifen auf der Straße Kanzlei in Höhe Ingrid-von-Schmettow-Straße

Ratsfrau Niegeloh fragt an, ob der Verwaltung die Anfrage eines zehnjährigen Mädchens zur Einrichtung eines Zebrastreifens in Höhe der Einmündung Ingrid-von-Schmettow-Straße vorläge. Die Anfrage habe Ratsfrau Niegeloh über ihren Landtagsabgeordneten erhalten und sie sieht die Notwendigkeit, entsprechende Maßnahmen zu prüfen.

Herr Trapp antwortet, dass das gleiche Schreiben auch an Herrn MdL Lienenkämper gegangen sei, der es der Verwaltung vorgelegt habe. Die Straße Kanzlei ist laut Aussage der Polizei im Hinblick auf Verkehrsunfälle unauffällig, allerdings ist völlig unstrittig, dass es für Kinder grundsätzlich schwierig sei, Straßen sicher zu überqueren. Durch die parkenden Autos würde gerade für Kinder die Situation oftmals unübersichtlich. Es stelle sich jedoch die Frage, an welcher Stelle nach den gleichen Beurteilungsmaßstäben eine besondere Maßnahme erforderlich und sinnvoll ist. Insofern wird die Verwaltung in diesem Bereich kleinere Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit prüfen.

12.2 Aufsätze für Zigarettenabfälle bei Abfallbehältern

Ratsfrau Niegeloh berichtet von einer ihr vorliegenden Bürgeranfrage, ob die Abfallbehälter mit einem fest montierten Behältnis für Zigarettenabfälle ausgestattet werden können. Die Zigaretten würden zwar ausgedrückt, landeten aber meistens neben dem Abfallbehälter.

Herr Bechert erklärt, dass solche Aufsätze auf Abfallbehältern in der Vergangenheit bereits eingesetzt wurden. Allerdings fielen sie dem Vandalismus zum Opfer und die Stadt habe sich für das heute installierte, einheitliche System entschieden. Es werde jedoch sukzessiv über evtl. Alternativen nachgedacht, die auch in das Gesamtkonzept passen könnten.

12.3 Zustand des Geh- und Radweges im Bereich Giesenender Kirchweg/Willicher Straße

Laut Ratsfrau Niegeloh ist der Geh- und Radweg im Bereich des Giesenender Kirchweg / Willicher Straße verunkrautet und auch in einem schlechten Zustand. Herr Trapp sagt eine Prüfung und Maßnahmen bzgl. der Unkrautbeseitigung seitens der Verwaltung zu.

12.4 Behindertengerechter Ausbau der Toiletten auf dem Osterather Friedhof

Ratsfrau Niegeloh fragt nach dem Sachstand. Die Verwaltung sagt einen Bericht zu.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Verwaltung teilt mit, dass der behindertengerechte Ausbau der Toiletten bis ca. Ende August 2015 fertiggestellt wird.

12.5 Ausbau der Böhlerstraße

Ratsfrau Niegeloh möchte auch hier über den aktuellen Sachstand informiert werden.

Herr Trapp berichtet über das Gespräch der Bürgermeisterin Mielke-Westerlage mit dem Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf. Die Stadt Düsseldorf werde die entsprechenden politischen Bau- und Finanzierungsbeschlüsse bis Ende September einholen mit dem Ziel, den Auftrag zum Abschluss der Verwaltungsvereinbarung zu erhalten. Die Vereinbarung könnte dann bis zum 30.09.2015 von beiden Städten unterzeichnet werden. Die Erhöhung der Kosten wurde bis zum o. a. Gespräch nicht mit der Verwaltung thematisiert. Hierzu werde Bürgermeisterin Mielke-Westerlage im Rat berichten. Die entstanden Mehrkosten sind u. a. aufgrund der langen Planungszeit von 18 Jahren und der somit veränderten Situation (gesetzliche Vorgaben, Kostensteigerungen etc.) entstanden und nicht vermeidbar. Herr Trapp gibt einen kurzen Ausblick auf einen optimalen Terminplan. Er rechnet mit einem Baubeginn im Februar 2016 und einer Bauzeit von ca. 19 Monaten.

12.6 Sperrschilder am Kringsgraben in Ilverich

Ratsherr Banse fragt nach den Bauschildern und dem Durchfahrtsverbot für Radfahrer in den o. a. Bereichen. Er habe dort jedoch keine Bautätigkeiten bemerkt.

Herr Unzeitig weist darauf hin, dass es sich hier um eine Sicherung der abgerutschten Böschung des Kringsgrabens mit Warnbarken handelt. Es solle einem Befahren der Bankette und damit der Gefahr für Passanten und Fahrzeuge bei einem weiteren Abrutschen vorgebeugt werden. Die Sperrung bezieht sich auf den Fahrzeugverkehr.

12.7 Geschwindigkeitsbeschilderung auf der Willicher Straße

Ratsherr Banse macht auf die unterschiedliche Tempobeschilderung in einem relativ kurzen Bereich der Willicher Straße aufmerksam. Diese sei bereits in der Sondersitzung des Bau- und Umweltausschusses mit dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften thematisiert worden.

Herr Trapp sagt eine Prüfung bis zur nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses zu.

12.8 Situation im Einmündungsbereich A 44 / B 222

Ratsherr Jürgens spricht wie bereits in früheren Sitzungen die Situation in dem Einmündungsbereich - Zerstörung der Bankette durch verbotswidriges Wenden von Fahrzeugen - an. Er fragt, wann dort die zurzeit modernen Betonwände installiert werden.

Herr Trapp berichtet von einem Gespräch mit dem Leiter des Landesbetriebes Straßenbau NRW, in dem auch über dieses Thema gesprochen wurde. Eine Lösung mit den Betongleitwänden kommt für den Landesbetrieb aufgrund fehlender fachlicher Gründe nicht in Frage. Allerdings wurde der Stadt Meerbusch die Möglichkeit eingeräumt, in dem Bereich Leitpfosten zur Lösung des Problems aufzustellen.

Meerbusch, den 17. Juni 2015

Leo Jürgens
Ausschussvorsitzender

Gabriele Parschau
Schriftführer/in